



**Finanzbericht 1999-2000
der Schatzmeisterin**

**Parteitag Nürnberg
19. bis 22. November 2001**



Einleitung:	
Parteispendenskandal der CDU und seine Folgen	5
1. Finanz- und Vermögensentwicklung der Partei	7
2. Einnahmeentwicklung	
2.1 Die Einnahmen aus Beiträgen	8
2.2 Die Einnahmen aus Spenden	8
2.3 Die staatliche Teilfinanzierung	9
2.4 Die Beitragsanpassung	10
3. Mittelbewirtschaftung	
3.1 Haushaltsentwicklung	11
3.2 Kontrolle	12
4. Parteiinterner Finanzausgleich	13
5. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände/ Parteaufbau Ost	14
6. Immobilienverwaltung Konzentration GmbH, Grundstücksgesellschaften, Willy-Brandt-Haus	15
7. Unternehmensbereich Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	17
8. Finanzen der Gesamtpartei und der Vergleich mit den anderen Parteien	19
9. Reform der Parteienfinanzierung	20
Anhang	
Die Finanzen 1999 der im Bundestag vertretenen Parteien (Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999)	21

Die Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien 1999 (Drs. 14/5050) sind diesem Bericht gesondert beigelegt.

Die vergleichenden Übersichten der Finanzen der im Bundestag vertretenen Parteien für 1998 und 1999 können im Internet unter www.spd.de eingesehen werden.



Der Parteispendenskandal der CDU und seine Folgen

Die bis heute nicht völlig aufgeklärten massiven Verletzungen des Parteiengesetzes durch die CDU haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Finanzierung der Parteien und damit in die Politik erschüttert. Auch die SPD ist davon betroffen.

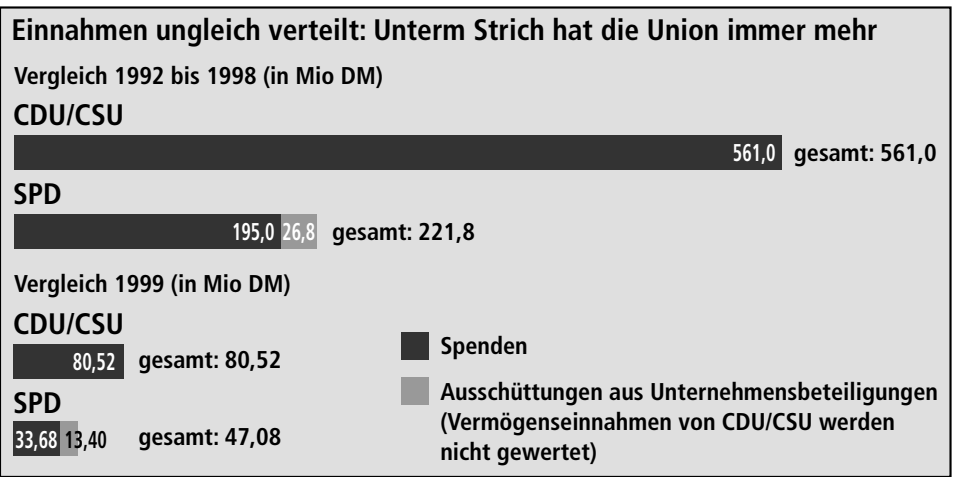
Vor allem im Jahr 2000 sah sich die SPD heftigen Angriffen von CDU/CSU, Focus und Teilen der Springer-Presse ausgesetzt. Ihr wurden Fehler und Verfälschung ihrer Rechenschaftslegung vorgeworfen. Ziel dieser Attacken war es, von den massiven Verstößen der CDU gegen das Parteiengesetz durch Kohl, Kanther, Kiep und Koch abzulenken. Vor allem der Unternehmensbereich der SPD wurde Objekt dieser Angriffe, die auch heute noch nicht beendet sind. Sie gipfelten in der Forderung nach Enteignung der SPD. Am Ende bleibt festzuhalten, dass kein einziger der erhobenen Vorwürfe bestehen geblieben ist. In vielen Fällen konnten wir Richtigstellungen und Unterlassungserklärungen von Medien und Politikern der Union erwirken.

Am 30.11.2000 war die Schatzmeisterin der SPD als Zeugin vor den Untersuchungsausschuss des Bundestages geladen. Nach einer eingehenden Erklärung und Erläuterungen zu allen gestellten Fragen ist es gelungen, der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, dass die Vorwürfe der Union haltlos und taktisch motiviert waren.

Mit umfassenden Informationen nach außen wie in die Partei hinein sind wir dem Ziel der Union begegnet, unsere Mitglieder und unsere Wählerinnen und Wähler zu verunsichern.

Auch nach diesen Attacken und Unterstellungen bleibt die CDU die einzige Partei, die grobe Verstöße gegen das Parteiengesetz zu verantworten hat.

Um so mehr kämpft die Union nun aber dafür, die SPD, die während des Sozialistengesetzes, nach 1933 und nach der Zwangsvereinigung von 1946 enteignet wurde, ein viertes Mal zu enteignen. Und so ihren durch Spenden aus der Wirtschaft erwirkten finanziellen Vorteil vor der SPD auszubauen.



Tatsächlich machen die Einnahmen aus dem Unternehmensbereich gerade 2–3 Prozent der Einnahmen der SPD insgesamt aus.¹⁾ Dennoch können und wollen wir auf diese Einnahmen nicht verzichten, sichern sie doch die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses. Die große Mehrzahl der Fachwissenschaftler lehnt die Forderung nach Enteignung der SPD als verfassungswidrig ab. Auch die vom Bundespräsidenten

berufene Parteienfinanzierungskommission stützt die Position der SPD.

Die beabsichtigte Reform des Parteiengesetzes wird von der Bundestagsfraktion vorangetrieben. Sie kann mehr Transparenz schaffen. Ein Mittel gegen die vorsätzlichen Rechtsbrüche der CDU wird sie kaum liefern können.



Die Schatzmeisterin der SPD, Inge Wettig-Danielmeier, nach ihrer Zeugenvernehmung vor dem 1. Untersuchungsausschuss zur CDU-Parteispendenaffäre am 30. November 2000. (Foto: dpa)

¹⁾ Von 1992 bis 1998 einschließlich erhielt die Union 561 Millionen Mark an Spenden, wir erhielten 195 Millionen. Das macht einen Vorsprung von 366 Millionen Mark aus. Die an uns ausgeschütteten Gewinne betrugen im gleichen Zeitraum 26,8 Millionen Mark. Da die Union bei den Einnahmen aus Beiträgen zwar hinter uns liegt, bei den staatlichen Zuschüssen aber gleichauf, ist leicht zu ermessen, wer über mehr Mittel verfügt.

Im Jahr 1999 verzeichnete die Gesamtpartei einen Ausgabenüberschuss in Höhe von 37,1 Mio. DM, der insbesondere auf wahlkampfbedingte Ausgaben zurückzuführen war, u.a. die Direktwahl zum Europäischen Parlament.

Damit sank das Reinvermögen zum 31.12.1999 auf knapp 245,6 Mio. DM.

Besitzposten in Höhe von 453,0 Mio. DM standen Schuldposten in Höhe von 207,4 Mio. DM gegenüber. Insgesamt ist die Vermögensbasis der Partei damit stabil.

Das Reinvermögen des Parteivorstandes betrug im Jahre 1999 95,1 Mio. DM, während das der Gliederungen 150,4 Mio. DM aufwies. Dabei verfügten die Landesverbände und Bezirke über ein Reinvermögen in Höhe von 50,7 Mio. DM, die nachgeordneten Gliederungen in Höhe von 99,7 Mio. DM. Damit waren 38,7 Prozent aller Vermögensgegenstände im Besitz des Parteivorstandes. 61,3 Prozent im Besitz der Gliederungen.

Gegenüber 1998 reduzierte sich das Reinvermögen des Parteivorstandes um 11 Mio. DM, das der Landesverbände und Bezirke um 3,3 Mio. DM und das der nachgeordneten Gliederungen um 18,8 Mio. DM.

Das Jahr 2000 schloss für die SPD mit einem Einnahmenüberschuss von 23,7 Mio. DM.

Das Reinvermögen der gesamten SPD betrug 269,2 Mio. DM. Besitzposten in Höhe von 460,1 Mio. DM standen Schuldposten in Höhe von 190,9 Mio. DM gegenüber.

Das Reinvermögen des Parteivorstandes betrug im Jahre 2000 107,7 Mio. DM, das der Landesverbände und Bezirke 44,1 Mio. DM und das Reinvermögen der nachgeordneten Gebietsverbände betrug 117,4 Mio. DM. Insgesamt betrug das Reinvermögen der Gliederungen 161,5 Mio. DM Ende des Jahres 2000.

Die wichtigsten Vermögensposten der Gesamtpartei bestanden aus vorhandenem Geldvermögen, das insbesondere als Rücklage für bevorstehende Wahlkämpfe angespart worden ist, sowie im Haus- und Grundvermögen.

2.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Die Beiträge der Mitglieder waren auch in den Jahren 1999 und 2000 die wichtigste Einnahmequelle, die mit 157,5 Mio. DM im Jahr 1999 und 151,8 Mio. DM im Jahr 2000 rund 52 Prozent der gesamten Einnahmen der Partei ausmachten. Die Entwicklung der Beitragseinnahmen bereitet uns jedoch Sorgen. Mit 156,4 Mio. DM lagen sie schon 1995 auf dieser Höhe und machten sogar 55 Prozent der gesamten Einnahmen aus. Die Beitragssummen setzen sich aus Mitgliedsbeiträgen und regelmäßigen sonstigen Beiträgen zusammen, das sind in der Regel Beiträge der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Die letzteren sind gestiegen, die Mitgliedsbeiträge aber stagnieren.

Der Hauptgrund liegt zweifellos in der rückläufigen Mitgliederzahl. 1995 zählten wir in Deutschland noch 817.650 Mitglieder, Ende 2000 waren es nur noch 734.693. Das ist ein Rückgang um 82.957 Mitglieder oder 10,15 Prozent. Der Rückgang liegt vor allem an der hohen Sterberate der nach 1945 eingetretenen Mitglieder.

Dass wir bei den Beitragseinnahmen keine größeren Einbrüche erlebt haben, ist dem ständigen Bemühen unserer Kassiererinnen und Kassierer um höhere Beitragsleistungen unserer Mitglieder zu verdanken und der grundsätzlich guten Zahlungsmoral der Mitglieder. Mehr als 98 % zahlen ihren Beitrag regelmäßig. Der Durchschnittsbeitrag beträgt monatlich 12,62 DM. Durch die für 1997 beschlossene Regelanpassung lagen die Beiträge 1997 um 4,9 Mio. DM höher als 1996, waren aber 1998 bereits wieder etwas niedriger und lagen 1999 um 0,4 Mio. DM unter den Werten von 1997 bzw. 1998, weil auf dem Parteitag in Hannover die Mehrheit für eine moderate Beitragsanhebung ab 1999 knapp verfehlt wurde.

Die Summe der gezahlten Beiträge ist jedoch auch maßgebend für die Höhe der staatlichen Mittel. Wir hatten dadurch nicht nur die geringeren Beitragseinnahmen 1999 zu verkraften, sondern im Folgejahr auch um 0,5 Mio. DM geringere Einnahmen aus staatlichen Mitteln.

2.2 Die Einnahmen aus Spenden

Die Bemühungen um die Einwerbung von Spenden durch den Parteivorstand wurden seit dem Spätherbst 1999 durch die einsetzende Diskussion um die Finanzen der Parteien beeinflusst.

Mit dem öffentlichen Bekenntnis Helmut Kohls, Spenden ungesetzlich eingenommen und verwendet zu haben, stand nicht nur das Finanzgebaren der CDU im Zentrum der Kritik. Wie bei früheren Affären auch, wurden die Finanzen aller Parteien in die Kritik hineingezogen.

So durchschaubar die Absichten und so haltlos die Vorwürfe gegen die SPD waren, so blieben doch negative Reaktionen nicht aus. Dabei wurde klar: Die Mitglieder der SPD stellen an ihre Partei höhere Ansprüche, wenn es um die ordnungsgemäße Verwendung von Parteigeldern geht, als dies bei anderen Parteien der Fall zu sein scheint: Die CDU konnte auf ihren „Solidaritätskonten“ im Verlauf ihrer Affären Spenden in Millionenhöhe sammeln. Die Spendenbiten des Parteivorstands der SPD hingegen wurden immer häufiger von Mitgliedern unter Hinweis auf die Vorwürfe gegen „die Parteien“ in Frage gestellt.

Bereits die für November 1999 geplante Aktion zur Einwerbung von Industriespenden wurde vom Spendenreferat nicht durchgeführt, da die Reaktionen unter dem Einfluss der einsetzenden öffentlichen Debatte um die Parteispenden der CDU nicht absehbar waren. Auch die für das Frühjahr 2000 geplanten Aktionen im Mitgliederbereich wurden aus diesem Grund verschoben. Erst im August 2000 wandte sich die Schatzmeisterin dann wieder mit der Bitte um eine finanzielle Unterstützung an die Mitglieder der Partei, eine ähnliche Aktion erfolgte noch einmal im Dezember des Jahres. Ebenso trat die Schatzmeisterin schriftlich an die 1500 größten deutschen Unternehmen mit der Bitte um Spenden heran.

Die beschriebenen Schwierigkeiten zeigen sich schließlich deutlich in den entsprechenden Zahlen: Die Einnahmen des Parteivorstands aus Spenden betragen für das Jahr 1999 1.005.452,- DM. Erst mit dem Jahr 2000 gelang es, wieder an die Tendenz steigender Einnahmen der vergangenen Jahre anzuschließen. Mit Einnahmen von etwa 1.85 Mio. DM wurde das Sollziel überschritten.

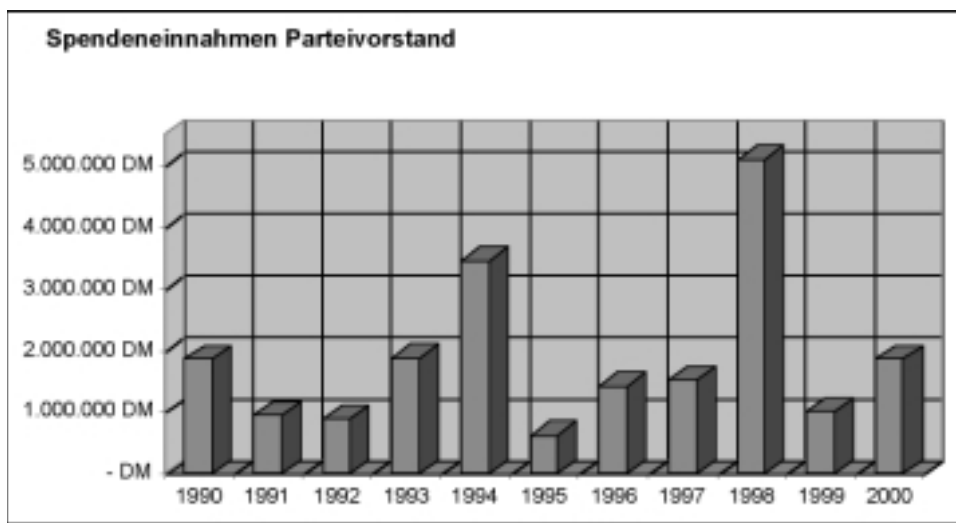
Neben der direkten Spendenwerbung hat das Spendenreferat wie bisher Gliederungen der Partei bei eigenen erfolgreichen Aktionen unterstützt. Diese Dienstleistung bleibt weiterhin abrufbar und wird ausgebaut.

Planungen für die Installation eines Online-Fundraising, also der Möglichkeit der direkten Spende über das Internet, wurden begonnen und werden im Lauf des Jahres 2001 realisiert.

2.3 Die staatliche Teilfinanzierung

Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden, und auf der Summe der erzielten Mitgliedsbeiträge und Spenden natürlicher Personen (bis zu 6.000,00 DM je Person). Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag dieser staatlichen Mittel für alle Parteien liegt seit 1998 bei 245 Mio. DM. Die SPD erhielt 1998 insgesamt 96,84 Mio. DM und 1999 insgesamt 93,95 Mio. DM.



2.4 Die Beitragsanpassung

Zum 01.01.2001 wurde die auf dem Parteitag von Berlin 1999 beschlossene Anpassung der Mitgliedsbeiträge wirksam. Der Parteitag hatte eine Anpassung der Beiträge entsprechend der durchschnittlichen Nettolohnentwicklung in den Jahren 1997, 1998 und 1999 beschlossen. Der Parteivorstand legte dementsprechend die Anpassung der Beiträge mit 2,2% fest. Die Beiträge stiegen damit um durchschnittlich 27 Pfennig pro Mitglied und Monat. Ausgenommen blieben die Beiträge der Mitglieder ohne oder mit geringem Einkommen (4,- DM).

Wir haben die Mitglieder im Verlauf des Jahres 2000 durch die September- und Novemberausgabe von „Intern“ und die Oktober- und Dezemberausgabe des „Vorwärts“ über die bevorstehende Anpassung und ihr individuelles Widerspruchsrecht informiert. Bereits im Juni 2000 wurden Bezirke und Landesverbände benachrichtigt. Dieser Information folgte im August 2000 eine vom Parteivorstand erarbeitete Argumentationshilfe, einschließlich detaillierter Hinweise zum technischen Ablauf der Beitragsanpassung.

An der Beitragsanpassung beteiligten sich 98,5% der Genossinnen und Genossen. 9.709 Mitglieder machten von ihrem individuellen Widerspruchsrecht Gebrauch. 1.294 Mitglieder nahmen die Anpassung zum Anlass, ihren Beitrag zu senken. 1.130 Mitglieder erhöhten ihren Beitrag über die Anpassung hinaus. Wenige Mitglieder verließen die SPD aufgrund der beschlossenen Beitragsanpassung.

Die erfolgte Anpassung der Beiträge war notwendig, um die Finanzierung der Parteiarbeit zu gewährleisten. Ihre hohe Akzeptanz zeigt, dass unsere Mitglieder unsere Politik der finanziellen Unabhängigkeit durch ihren höheren Beitrag unterstützen.

Seit Jahren hat der wirtschaftliche Einsatz finanzieller Mittel oberste Priorität auf allen Ebenen der Partei. Damit konnten zunächst die Preissteigerungen abgefangen werden, ohne regelmäßig die Beiträge anheben zu müssen. Die Organisation ist dabei auf allen Ebenen gestrafft worden, auch durch schmerzhaftes Personaleinsparungen.

3.1 Haushaltsentwicklung

Die Ausschöpfung aller Reserven für den Bundestagswahlkampf 1998 hätte eigentlich 1999, 2000 und 2001 stringente Ansparungen erfordert, die aber wegen des schwierigen Einstiegs in das erste Regierungsjahr 1999 nicht gelangen. Der Vorwahlkampf für die Wahl 2002 musste bereits 1999 beginnen. Ansparungen waren nicht möglich. Daneben musste der Umzug von Bonn nach Berlin ohne jeden staatlichen Zuschuss bewerkstelligt werden.

Die größte Einzelposition stellte mit einer Ausgabe in Höhe von 4 Mio. DM der Parteitag in Berlin dar. Der Anteil der Ausgaben für die politische Arbeit hat sich seit 1998 kaum verändert. Er beträgt rund ein Fünftel der Gesamtausgaben. Weitere wichtige Ausgabepositionen waren die Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebs, die Verwaltungskosten und die Zuschüsse an Gliederungen.

Im Vergleich zu 1998 waren die Ausgaben 1999 und 2000 um 3,3 Mio. DM bzw. 4,2 Mio. DM niedriger, obwohl der Kostenanteil der neuen Kommunikationsmedien in den letzten Jahren ständig angewachsen ist. Der Betriebshaushalt EDV (Software- und Hardwareentwicklung, Wartungsverträge, VPN etc.) entwickelte sich von 2,5 Mio. DM im Jahr 1995 auf 12,6 Mio. DM in 1999 und 13,8 Mio. DM in 2000. Dies ist eine Steigerung von knapp 504 bzw. 552 Prozent innerhalb von 5 bzw. 6 Jahren.

1998 betrug der Personalkostenanteil noch 38 Prozent. 1999 hatten die Personalkosten einen Anteil von 32,1 Prozent an den Gesamtausgaben, im Jahr 2000 von 28,6 Prozent. Ende 2000 waren 189 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Parteivorstand beschäftigt. Dies sind 71 Personen weniger als 1995. Dienstleistungen, die bis zum Umzug von eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt wurden, wurden externen Dienstleistern übertragen,

teils weil es sich aus der Neuorganisation des Willy-Brandt-Hauses so ergab, wie das facility management, teils weil Aufgaben, wie der EDV-Bereich und die Buchhaltung, neu organisiert wurden. Um beim Personaleinsatz flexibler zu sein, sind eine ganze Reihe von Stellen befristet besetzt worden, sie werden nach der Bundestagswahl 2002 wieder wegfallen.

Für den 1999 vollzogenen Umzug von Bonn nach Berlin wurden bisher insgesamt 12,43 Mio. DM aufgewandt. Dies betrifft sowohl die Kosten für den Umzug des Parteivorstandes als auch die Zuschüsse und Abfindungen, die im Rahmen des Sozialplans an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu zahlen waren. Hier sind insbesondere die ausgezahlten Abfindungen in Höhe von 5,5 Mio. DM zu nennen. Diese Kosten mussten zusätzlich zu der schon angespannten Haushaltslage aufgebracht werden, da es hierfür keine Zuschüsse aus staatlichen Mittel gegeben hat.

In Anlehnung an die Wahlkampfführung zur Bundestagswahl 1998 wurde für den Europawahlkampf 1999 eine eigene Kampagnenzentrale eingerichtet. Der Europawahlkampf kostete ca. 24,1 Mio. DM. Im Wahlkampfetat bildete der Medienwahlkampf den größten Ausgabenblock. Die Kosten für Printmedien, die Großflächenplakatierung, Funk-, Fernseh- und Kinospots sowie Flugblätter und andere Verteilmaterialien betragen knapp 12,3 Mio. DM. Für Veranstaltungen, Kampagnen sowie für die Delegiertenkonferenz sind insgesamt 4,15 Mio. DM ausgegeben worden. An die Gliederungen wurden Zuschüsse in Höhe von 4,1 Mio. DM ausgezahlt. Die Etatansätze sind eingehalten, teilweise unterschritten worden.

3.2 Kontrolle

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 1999 und 2000 wurde geprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Entsprechendes gilt für den Kampagnenetat zur Europa-Wahl 1999. Außerdem begleitete die Kontrollkommission das Finanzgebaren des Parteivorstandes.

Im Berichtszeitraum hat der Parteivorstand das Controllingsystem weiter ausgebaut. So wurde neben dem seit 1994 betriebenen externen Planungs- und Finanzcontrolling mit dem Aufbau eines zentralen internen Vertragsmanagements begonnen, das sämtliche vertraglichen Verpflichtungen des Parteivorstands fortlaufend beobachtet und optimiert.



*Außenansicht der Immobilie
Stresemannstraße 30 in Berlin
(neben dem Willy-Brandt-Haus).
Einweihung am 30. September 1999.*



*Innenhof der Immobilie
Stresemannstraße 30 in Berlin.
Hier befindet sich das Politische Archiv
des SPD-Parteivorstandes.*

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen Parteivorstand und Landesverbänden bzw. Bezirken. Im Rahmen dieses Finanzausgleiches leitet der Parteivorstand einen Teil der vom Deutschen Bundestag erhaltenen staatlichen Mittel an die Landesverbände weiter, weil die von den Landtagen an die Landesverbände gezahlten Beträge (eine Mark je Landtagswählerstimme) geringer sind als die bis 1993 gezahlte Kostenerstattung für Landtagswahlkämpfe. (Die auf der Grundlage von Beiträgen und Spenden gezahlten staatlichen Mittel gehen jetzt direkt aus dem Bundeshaushalt an den Parteivorstand.)

Vor 1994 erhielten die Landesverbände von den Landtagen im Jahresdurchschnitt rund 26 Mio. DM und der Parteivorstand vom Bundestag für die Bundestagswahl und die Europawahl zusammen rund

61 Mio. DM. 2001 erhalten die Landesverbände wegen der geringeren Gewichtung von Landtagswählerstimmen weniger als 14 Mio. DM von den Landtagen, aber rund 17 Mio. DM aus dem Finanzausgleich. Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der unten stehenden Tabelle entwickelt.

Während nach der alten Parteienfinanzierung die staatlichen Mittel für die SPD mit 30,0 Prozent an die Landesverbände und mit 70,0 Prozent an den Parteivorstand gingen, sind es inzwischen 33,6 Prozent für die Landesverbände und 66,4 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich ganz überwiegend an die Landesverbände gegeben worden, die heute 21,5 Prozent mehr an staatlichen Mitteln erhalten als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel um nur 3 Prozent gestiegen sind.

Verteilung der staatlichen Mittel in Tsd. DM					
	1991–1993 pro Jahr	1994–1997 pro Jahr	1998–2001 pro Jahr	Veränderung gegenüber 1991–1993	
Landesverbände					
von den Landtagen	26.016	14.865	13.979		
aus Finanzausgleich	0	14.326	17.630	in TDM	in %
LV-Gesamt	26.016	29.191	31.609	+ 5.593	21,5
Parteivorstand	60.622	60.708	62.425	+ 1.803	3,0
SPD-Gesamt	86.638	89.899	94.034	+ 7.396	8,5

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 230 Mio. DM, seit 1998 auf 245 Mio. DM.

Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände/Parteiaufbau Ost

In den Jahren 1999 und 2000 wurden insgesamt 14,24 Mio. DM für die Fortsetzung der Aufbauhilfe Ost eingesetzt, 1999 waren es 7,19 Mio. DM und 2000 waren es 7,05 Mio. DM. Der Parteivorstand hat aus seinem eigenen Betriebshaushalt in diesen beiden Jahren 5,44 Mio. DM beigesteuert.

Als direkte Defizitabdeckung wurden den Landesverbänden zur Unterhaltung der Geschäftsstellen und des hauptamtlichen Personals in diesen beiden Jahren insgesamt 12,32 Mio. DM überwiesen. Das waren 3,52 Mio. DM mehr, als dafür aus Beitragsanteilen (8,80 Mio. DM) zur Verfügung standen. Darüber hinaus stellte der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt 1999 weitere 1,03 Mio. DM und 2000 weitere 0,89 Mio. DM bereit.

Obwohl der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland ist, reichen bei knapp 31.000 SPD-Mitgliedern die eigenen Einnahmen der ostdeutschen Landesverbände nicht aus, das Geschäftsstellennetz zu finanzieren.

Für Sonderaktionen standen im Betriebshaushalt 1999 602.800,- DM und 2000 532.800,- DM bereit. Im Haushalt 2001 sind es 678.300,- DM.

In den monatlich stattfindenden Sitzungen der ostdeutschen Landesgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer wurde über den Einsatz dieser Mittel beraten.



Einweihung des Willy-Brandt-Hauses in Schwerin am 25. September 1999 mit Andreas Niekamp (bauleitender Architekt), SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier sowie Johannes Kwaschik (SPD-Oberbürgermeister von Schwerin).

Konzentration GmbH, Grundstücksgesellschaften, Willy-Brandt-Haus

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist wie die meisten politischen Parteien ein nicht rechtsfähiger Verein. Noch immer gilt: Der nicht rechtsfähige Verein kann nur eingeschränkt selbst Träger von Rechten und Pflichten sein (abgeleitet aus §§ 31 ff. BGB). Deshalb kann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht unmittelbar Eigentümerin eines Grundstücks sein. Sie muss sich einer Treuhänderin oder eines Treuhänders bedienen.

Das Willy-Brandt-Haus wird als Parteizentrale treuhänderisch von der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH gehalten. In der Regel ist die Konzentration GmbH Treuhänderin für die Grundstücke und Immobilien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Daneben bestehen in wenigen historisch begründeten Ausnahmefällen treuhänderisch handelnde Grundstücksbesitzgesellschaften ebenfalls in der Form der GmbH. Diese Gesellschaften und die Konzentration GmbH handeln treuhänderisch für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und dies heißt gemäß § 25 Abs. 1 Satz 1 des Organisationsstatutes der SPD für den Parteivorstand.

Einnahmen aus diesem Grundbesitz und Ausgaben für seine Bewirtschaftung finden sich nicht im Jahresabschluss der Konzentration GmbH oder einer der anderen GmbHs, sondern allein im Rechenschaftsbericht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In der Spalte „Haus- und Grundvermögen“ der Vermögensbilanz sind alle Grundstücke mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst.

Die Konzentration GmbH ist heute eine Grundstücksbesitz-, Grundstücksverwaltungs- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Geschäftsführung liegt bei Christoph Lehmann.

In den Jahren 1999 und 2000 hat die Konzentration GmbH ihren Auftrag zur Entwicklung des sozialdemokratischen Immobilienbesitzes in den neuen Bundesländern weitgehend abgeschlossen. Die Gesellschaft hat Ansprüche auf Restitution des 1933 von den Nationalsozialisten enteigneten Grundbesitzes durchgesetzt. Sie hat die seit 1990 zurückgewonnenen Immobilien in Stralsund, Rostock, Schwerin, Strausberg, Magdeburg, Köthen, Halle, Leipzig, Meißen, Chemnitz und Saalfeld umfassend saniert und weitgehend vermietet. Es sind attraktive Büro-, Gewerbe- und Wohnhäuser mit Mischnutzung entstanden. Der Grundbesitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den neuen Ländern umfasst 12.525 m² Büro- und Gewerbefläche sowie 1964 m² Wohnfläche. 90 % hiervon sind vermietet.

Die Nutzungskonzepte dieser Häuser knüpfen an ihre Geschichte an. Als Druck- und Verlagshäuser sozialdemokratischer Zeitungen waren diese Häuser immer Orte der Meinungsbildung und der geistigen Auseinandersetzung mit den Themen der Zeit. Deshalb schafft die Konzentration GmbH in diesen Häusern erneut für die Partei Foren für politische, gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen. Bis heute ist dies bei den Objekten Leipzig, Magdeburg, Rostock, Schwerin, Meißen, Köthen und Chemnitz, aber auch Saalfeld gelungen.

Sämtliche Arbeiten zur Durchsetzung der Restitutionsansprüche der SPD in den neuen Bundesländern, aber auch die Sanierung der genannten Objekte, werden allein aus den geringen Kaufpreisauskehrungen und Fremdmitteln finanziert.

Im Berichtszeitraum sind noch immer 69 Ansprüche auf Restitution des 1933 im sozialdemokratischen Eigentum stehenden Vermögens nicht entschieden.

Rückübertragen wurden insgesamt 18 Partei-, Druck- und Verlagshäuser. Sie waren Betriebsstätten der sozialdemokratischen Verlage und Zeitungen in der Weimarer Republik und sind zugleich Sitz der örtlichen Partei gewesen. Gekauft wurden zwei Immobilien. Restituiert wurden aber auch 3 Volkshäuser und 5 Grundstücke der sozialdemokratischen Freizeitbewegung.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern erlaubt nicht, jedes dieser Objekte aufwendig zu sanieren. Eine Sanierung kann vielmehr nur erfolgen, wenn die Nutzung durch die SPD und/oder eine marktgerechte Vermietung der Objekte möglich ist.

Lag das Schwergewicht der Arbeit der Konzentration GmbH seit Beginn der neunziger Jahre naturgemäß in den neuen Bundesländern, so wurde in den Jahren 1999 und 2000 die Konzentration GmbH verstärkt von den Gliederungen der SPD im Westen der Bundesrepublik in Anspruch genommen. In Abstimmung mit der örtlichen Partei hat die Konzentration GmbH verschiedene Objekte entwickelt. In Hameln, Heilbronn, Troisdorf, Springe, Bayreuth und Coburg konnten die Sanierungen abgeschlossen werden.

Auf Grundlage der geleisteten Entwicklungsarbeit werden noch in diesem Jahr die Häuser in Regensburg, Würzburg und Wuppertal saniert.

Das Erich-Ollenhauer-Haus wird ebenfalls von der Konzentration GmbH für die SPD verwaltet und konnte langfristig vermietet werden.

Laut Rechenschaftsbericht der SPD gehören zu ihren Finanzanlagen auch einige Gesellschaften mit beschränkter Haftung – meist ehemalige Druck- und Verlagshäuser –, in deren Eigentum nur noch eine Immobilie steht. Sie werden mit ihrem Stammkapital ausgewiesen.

Die neue Parteizentrale, das Willy-Brandt-Haus, wird über die parteieigene Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH für den Parteivorstand betrieben. Das Willy-Brandt-Haus ist nicht nur Parteizentrale, sondern auch Bürohaus für parteifremde Mieter, Veranstaltungs-, Kongress- und Ausstellungsort. Vermietung und Kongressbetrieb tragen zur Finanzierung des Hauses bei, wenn auch die Hauptlast der Unternehmensbereich der Partei trägt, dessen Gewinnausschüttungen zur Bedienung des langfristigen Hypothekendarlehens verwendet werden. Das Haus gehört längst zu den „Highlights“ vieler Berlin-Besucher, wozu nicht nur die außergewöhnliche und einladende Architektur, sondern auch die zahlreichen kulturellen Aktivitäten des Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. beitragen.

*Einweihung der Immobilie in Bayreuth
am 17. Juli 2001 (v.l.n.r.)*

*Dr. Christoph Rabenstein MdL, Armin Sgodda (Architekt),
SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier,
Wolfgang Hoderlein (Landesvorsitzender der SPD-Bayern),
Anette Kramme MdB (Vorsitzende des
SPD-Unterbezirks Bayreuth),
Walter Engelhardt ehem. MdL.*



Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Reorganisation des Unternehmensbereichs ist nach dem mehrjährigen Konsolidierungskurs abgeschlossen: An der Spitze des Firmengebildes steht die Holdinggesellschaft Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG) mit Firmensitz in Berlin und Hamburg. Die „schlanke“ Organisationsstruktur hat sich vielfältig bewährt: Die Steuerung des Unternehmens erfolgt flexibel und kostenoptimal, die Übertragung vieler Funktionen auf externe Dienstleister eröffnet die Möglichkeit, fallweise Fachwissen zu nutzen.

Die Geschäftsführung der DDVG liegt seit 1994 bei Jens Berendsen; er wurde von 7/97 – 09/2000 durch Wolfgang Pennigsdorf unterstützt. Zum 1. Oktober 2000 wurde Gerd Walter zum weiteren Geschäftsführer berufen.

Der Geschäftsverlauf entwickelte sich in den vergangenen Jahren positiv, der Ertrag nach Steuern konnte kontinuierlich gesteigert werden. Auf der Bilanzpressekonferenz für das Geschäftsjahr 1999 veröffentlichte die DDVG einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 27,4 Mio. DM. Für 2000 beträgt der Jahresüberschuss 33,1 Mio. DM. Damit wurde eine Gesamtkapitalrendite von 14,9 % (1999 13,7 %) erzielt.

Diese positive Entwicklung ermöglichte eine deutliche Rückführung der Verbindlichkeiten. An die SPD konnten im Geschäftsjahr 2000 davon 12,8 Mio. DM netto ausgeschüttet werden. Im Jahre 2001 kann auf der Grundlage der Ergebnisse von 2000 mit Ausschüttungen in ähnlicher Höhe gerechnet werden.

Den wirtschaftlich bedeutendsten Geschäftszweig bilden Beteiligungen an insgesamt neun regionalen Presseunternehmen. Relativ konstante Vertriebs Erlöse sowie spürbar gestiegene Anzeigenerlöse trugen zu sehr guten Unternehmensergebnissen bei.

Insbesondere im Jahr 2000 wurden starke Zuwächse im Anzeigengeschäft erzielt: Neben neuen Stromanbietern, starkem Konkurrenz- und Werbedruck im Telekommunikations-Markt trug die EXPO zu guten Ergebnissen bei. Konjunkturelle Schwächen zum Jahresbeginn 2001 lassen es jedoch kaum möglich erscheinen, das Ergebnis des Jahres 2000 einzustellen oder gar zu verbessern.

Die Entwicklung der Zeitungseteiligungen in den neuen Bundesländern zeigt zwei Trends: In strukturschwachen Regionen, wie zum Beispiel Südhüringen, wird der Anpassungsprozess an das Westniveau sehr viel mehr Zeit in Anspruch nehmen als in Orten mit Zentrumsfunktion, wie zum Beispiel in Dresden. Gleichwohl sind auch dort die Spielräume für steigende Erlöse nicht so groß wie im Westen der Bundesrepublik. Investitionen in den neuen Bundesländern verlangen Geduld und langen Atem.

Zu der positiven Ergebnisentwicklung trug ebenso ein niedriges Preisniveau für Zeitungspapier bei – eine Situation, die sich zum Jahreswechsel 2000/2001 völlig geändert hat und folglich die Erlösaussichten für das Jahr 2001 zusätzlich einengt.

Die vier Akzidenzdruckereien der DDVG konnten sich im Markt trotz sinkender Margen durch anhaltend starken Wettbewerbsdruck gut behaupten. Mit Investitionen von rund 4 Mio. DM stärkte die DDVG in den vergangenen zwei Jahren die Druckereistandorte Lüneburg, Braunschweig, Karlsruhe sowie Hildesheim.

Im Geschäftsfeld Verlagswesen befinden sich „vorrwärts“ und „DEMO“ im guten Fahrwasser. Für beide Titel konnten die Anzeigenerlöse deutlich gesteigert werden. Die Konsolidierung der Stadtilustrierten „SZENE Hamburg“ kommt voran, auch hier werden steigende Vertriebs- und Anzeigenumsätze ausgewiesen.

Im Segment der neuen Kommunikationsmedien, insbesondere Internet, hat die Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH mit der wegewerk Medienlabor GmbH eine neue Tochtergesellschaft gegründet. Diese Firma soll primär Produkte für das Segment politische Kommunikation im Internet entwickeln und vermarkten. Bereits im ersten Geschäftsjahr schloss wegewerk mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

Das Geschäftsfeld „Handel“ kam gut voran: Der Papierhandel (Hamburger Pressepapier Vertriebsgesellschaft mbH) bringt seit Jahren positive Ergebnisse. Die Antiquariatsgesellschaft im Willy-Brandt-Haus GmbH baut ihre Stellung in dem Markt für Sozialistika kontinuierlich aus.

Seit 1999 entwickelt die Firma IMAGE mbH in Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand ein neues System zur Mitgliederbindung: die SPD-Card. Im Kern geht es bei diesem Projekt darum, mit Kooperationspartnern für Parteimitglieder spezielle Produkte oder Dienstleistungen zu entwickeln, um diese dann zu einem Vorzugspreis den SPD-Mitgliedern anzubieten. Durch den Wegfall von Rabattgesetz und Zugabenverordnung kann dieser Ansatz noch stärker genutzt werden als bislang.

Die Firma OFFICE Consult hat ihr Dienstleistungsangebot um die Sparte EDV-Dienstleistungen erweitert. Neben der SPD, als größter Kundin, bietet die OFFICE ihre Dienste auch externen Firmen an.

Die Sparte Tourismus wandert durch ein Tal der Tränen: Fluggesellschaften und Hotels senken kontinuierlich die Margen für Reisevermittler, so dass das Reisebüro im Willy-Brandt-Haus sich auf schwierigem Terrain behaupten muss: Wachstum im Außenumsatz führt leider nicht linear zu ebensolchem im Netto-Umsatz. Dieser Entwicklung begegnet das Reisebüro mit einer Ausweitung der Eigenveranstaltungen (insbesondere Berlin-Reisen).

Die SPD-ReiseService GmbH hat, nach dem wirtschaftlich problematischen Jahr 1999, jetzt den Umschwung geschafft: steigende Passagierzahlen bei einem größeren Reiseangebot.



Immobilie in Halle, Kleine Märkerstraße 8, Einweihung am 21. Oktober 1999.

... und der Vergleich mit den anderen Parteien

Die Struktur der SPD im Vergleich zu den anderen Parteien wird am besten im statistischen Vergleich für die Einnahmen- und Ausgabenstrukturen der Jahre 1998 und 1999 deutlich. Diese Statistiken finden sich in der Anlage am Schluss des Finanzberichts.

Für alle Parteien gleichermaßen ist die kommunale Ebene am besten finanziert, sie weist solide Vermögen aus. Dabei stützen sich die kommunalen Parteiorganisationen, bei uns Ortsvereine und Unterbezirke, vor allem auf Spenden- und Beitragseinnahmen. Insbesondere die Ortsvereine verzeichnen regelmäßig Vermögenszuwächse. Natürlich ergeben sich von Unterbezirk zu Unterbezirk, von Ortsverein zu Ortsverein erhebliche Unterschiede. Die Aussagen gelten nur für den Durchschnitt.

Keine andere Partei hat einen so hohen Beitragsanteil an den Einnahmen wie die SPD. Während 1999 die SPD 51,5 % ihrer Einnahmen aus Beiträgen deckt, sind es bei der FDP nur 23,4 %. Bei den gegenwärtig so heftig diskutierten Spenden sieht es anders aus. Die FDP deckt 1999 41,7 % ihrer Einnahmen aus Spenden, die SPD 11,0 %, die CDU nimmt mit 25,2 % Spendeneinnahmen einen mittleren Platz ein.

Der Anteil der staatlichen Mittel an den jeweiligen Einnahmen der Parteien ist ziemlich ähnlich zwischen 29,0 % (FDP) und 35,7 % (PDS). Die SPD mit 30,7 % und CDU sowie CSU mit jeweils 29,6 % liegen im mittleren, die Grünen mit 33 % eher im oberen Bereich. Das deutet darauf hin, dass die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene und seit 1994 umgesetzte allgemeine Parteienfinanzierung, die sich nach Wählerstimmen, Beitrags- und Spendeneinnahmen bemisst, zu einer ausgewogenen Form der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien gereift ist.



*Kleine Märkestraße 8, Halle,
Eingangshalle des Instituts für Wirtschaftsforschung.*

Nach der missglückten Antragsstellung der FDP auf staatliche Mittel war im Herbst 1999 alles vorbereitet, um das Parteiengesetz mit seinen umständlichen Verfahrensregeln zu verändern. Wegen des staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens gegen Walter Leisler Kiep und des seit November 1999 öffentlich gewordenen CDU-Spendenskandals ist diese „kleine“ Reform zurückgestellt worden.

Sehr bald nach Bekanntwerden der Schwarzkonten und Verschleierungen der CDU ist von verschiedenen Seiten eine Reform des Parteiengesetzes gefordert worden. Am Beginn dieser Debatte stand dabei zunächst die Forderung nach harten strafrechtlichen Sanktionen bei Verstößen gegen das Parteiengesetz. Am 3. Februar 2000 hat der Bundespräsident die von ihm berufene Parteienfinanzierungskommission beauftragt, einen umfassenden Bericht mit Vorschlägen zur Reform der Parteienfinanzierung vorzulegen. Die SPD hat deshalb – im Gegensatz zu den Oppositionsparteien – davon abgesehen, vor Veröffentlichung des Berichts eigene Vorschläge zu unterbreiten. Auf Einladung der Parteienfinanzierungskommission hat die Schatzmeisterin am 8. Februar 2001 zu deren Fragen Stellung genommen. Die dort bezogenen Positionen sind im Wesentlichen in der Zeitschrift für Parlamentsfragen²⁾ veröffentlicht.

Auf einem vom SPD-Parteivorstand und der Bundestagsfraktion gemeinsam veranstalteten parteirechtlichen Kolloquium wurden am 22. März 2001 von Experten aus Wissenschaft und Praxis insbesondere Zulässigkeit und Transparenz von Spenden und Vermögen der Parteien, Fragen der Rechnungslegung der Parteien und der möglichen Sanktionen bei Verstößen gegen das Parteiengesetz intensiv erörtert.³⁾

Die SPD hat in der Debatte um die Reform des Parteiengesetzes stets festgehalten, dass

1. sich die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1992 im Parteiengesetz von 1994 ge-

schaftenen Regelungen zur staatlichen Teilfinanzierung bewährt haben,

2. Änderungen im Parteiengesetz so gefasst sein müssen, dass sie die ehrenamtliche Arbeit nicht erschweren (rund 12.000 Kassiererinnen und Kassierer der SPD sind ehrenamtlich tätig),
3. die Chancengleichheit der Parteien nicht durch einen tiefgreifenden Eingriff in die gewachsenen verschiedenartigen Finanzstrukturen der Parteien verletzt werden darf,
4. aufgrund des Urteils des Berliner Verwaltungsgerichts vom 31.01.01 – unabhängig davon, ob es Bestand haben wird oder nicht – im Gesetz klarzustellen ist, dass falsche Rechenschaftsberichte mit fühlbaren Sanktionen belegt werden müssen,
5. in einer parlamentarischen Demokratie eine obrigkeitstaatliche Finanzkontrolle der Parteien nicht vorgesehen werden darf und keine von der Regierung abhängige Kontrollinstanz über die Parteien wachen darf, demnach bleibt der Bundestagspräsident eine sinnvolle Kontrollinstanz, da er der Exekutive nicht unterstellt ist, und
6. kein Sonderrecht der Parteien geschaffen werden darf, das Parteien im Vergleich zu Bürgerinnen und Bürgern oder anderen Organisationen schlechter stellt (so sollten sich die strafrechtlichen Regelungen, die Bestimmungen zur Rechnungslegung und zu den Prüfern der Parteien an den allgemeinen Rechtsvorschriften orientieren).

Diese Überlegungen decken sich mit den meisten der 80 Empfehlungen, die die Parteienfinanzierungskommission am 18. Juli 2001 vorgelegt hat. Lediglich im Bereich der Rechnungslegung hat die Parteienfinanzierungskommission Vorschläge vorgelegt, denen die SPD zwar im Grundsatz, aber nicht in den Einzelheiten vollständig folgen kann:

Inzwischen ist ein Gesetzentwurf erarbeitet und in der Diskussion mit den anderen Parteien, der die Vorschläge der Kommission in allen wesentlichen Punkten umsetzt und gleichzeitig die ehrenamtlichen Strukturen der Parteien erhält.

2 „Die Stellungnahme der SPD zur Reform der Parteienfinanzierung“, Wettig-Danielmeier, Inge; ZParl 3/2001, S. 528 ff.

3 „Reform der Parteienfinanzierung“, Stiegler, Ludwig; Wettig-Danielmeier, Inge (Hrsg.); Marburg 2001.



**Finanzbericht 1999-2000
der Schatzmeisterin**

Anhang



Die Finanzen 1999 der im Bundestag vertretenen Parteien

(SPD, CDU, CSU, GRÜ, FDP und PDS)

Quelle: Bundestagsdrucksache Nr. 14 / 5050

SOZIALDEMOKRATISCHE
PARTEI DEUTSCHLANDS
Der Parteivorstand
Finanzberatung und Revision

Berlin, 22. Februar 2001

Vorbemerkungen

1999 waren neben der Europawahl auch die Landtagswahlen in Bremen und Hessen, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen und dem Saarland sowie die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zu bestreiten. Diese Ballung von Wahlen hatte wie schon im Vorjahr die Finanzen der Parteien stark belastet. Bei einigen Parteien gingen die Kassenbestände weiter spürbar zurück, bei anderen Parteien stiegen die in dem ebenfalls wahlkampfreichen Jahr 1998 schon entstandenen Schulden weiter an.

Das Jahr 2000 wird den Parteien auch finanziell wohl nur eine gewisse Atempause verschafft haben, weil im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein die Landtagswahlkämpfe ihren Tribut gefordert haben dürften. Erst mit dem nächsten Jahrgang der Rechenschaftsberichte wird sich zeigen, ob und in welchem Umfang es den Parteien gelungen ist, ihre Finanzen wieder zu konsolidieren.

Gesamtbetrachtung der Finanzdaten

SPD und PDS verzeichneten leichte Einnahmensteigerungen gegenüber dem Vorjahr, bei den anderen Parteien gingen die Einnahmen jedoch zurück.

Die CDU hatte 1998 rd. 18 Mio. DM Vermögenswerte als „Sonstige Einnahmen“ nacherfasst, im Wesentlichen beim Landesverband Hessen. Da es sich dabei nicht um reale Einnahmen des Jahres 1998 gehandelt hat, verzeichnete auch die CDU gegenüber dem Vorjahr eine Einnahmensteigerung, und zwar um 7 Mio. DM, die überwiegend auf höheren Beitragseinnahmen beruhte.

Die Ausgaben sind bei allen Parteien gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Bei der CSU war der Rückgang wesentlich ausgeprägter als bei den anderen Parteien, weil in Bayern 1999 nur der Europawahlkampf (1998: Bundestag und Landtag) zu bestreiten war, die anderen Parteien jedoch zusätzlich durch die zahlreichen Kommunal- und Landtagswahlen in 1999 belastet waren. Die CSU hatte als einzige Partei 1999 Überschüsse erwirtschaften können.

Die Einnahmen, Ausgaben und Vermögen 1999 und ihre Veränderungen gegenüber 1998 auf einen Blick

	SPD TDM	CDU TDM	CSU TDM	GRÜ TDM	FDP TDM	PDS TDM
GESAMTEINNAHMEN (ohne Zuschüsse v. Gliederg.)						
1998	304.450	270.105	65.564	56.976	49.356	38.625
1999	306.040	258.974	63.772	51.374	46.119	40.735
Veränderung in TDM	+ 1.590	- 11.131	- 1.792	- 5.602	- 3.237	+ 2.110
in Prozent	0,5	4,1	2,7	9,8	6,6	5,5
GESAMTAUSGABEN (ohne Zuschüsse v. Gliederg.)						
1998	355.291	313.601	81.472	66.958	59.078	49.269
1999	343.179	295.039	59.392	59.019	54.651	44.374
Veränderung in TDM	- 12.112	- 18.562	- 22.080	- 7.939	- 4.427	- 4.895
in Prozent	3,4	5,9	27,1	11,9	7,5	9,9
ÜBERSCHUSS (+) bzw. DEFIZIT (-)						
1998	- 50.841	- 43.496	- 15.908	- 9.982	- 9.722	- 10.644
1999	- 37.139	- 36.065	+ 4.380	- 7.645	- 8.532	- 3.639
REINVERMÖGEN						
31.12.1998	278.652	134.724	29.430	43.476	16.838	33.320
Wertberichtigung	+ 4.039				- 82	
Defizit 1998	- 37.139	- 36.065	+ 4.380	- 7.645	- 8.532	- 3.639
31.12.1999	245.552	98.659	33.810	35.831	8.224	29.681

Die einzelnen Bereiche

1. Mitglieder- und Beitragsentwicklung

Die Mitgliedsbeiträge sind die wichtigste Einnahmeart für eine politische Partei. Sie können die Unabhängigkeit der Partei von privaten Sponsoren gewährleisten und sie sind neben den Wählerstimmen wesentlicher Faktor für den Anteil einer Partei an den staatlichen Mitteln. Daher ist die Entwicklung der Mitgliederzahl, aber auch des von den Mitgliedern gezahlten (Durchschnitts-) Beitrags von herausragender Bedeutung.

CDU und CSU konnten 1999 Mitgliederzuwächse erzielen, während die anderen Parteien Mitgliederrückgänge verzeichnen mussten. Auf die Beitragseinnahmen hatte sich das entsprechend ausgewirkt. Diese stagnierten bei der SPD und stiegen bei CDU und CSU an. Die Grünen mussten einen stärkeren Rückgang ihrer Beitragseinnahmen hinnehmen, während FDP und PDS trotz ihres relativ größten Mitgliederverlustes die Beitragseinnahmen noch steigern konnten.

Bei Betrachtung der Beitragseinnahmen je Mitglied, also des durchschnittlichen Jahresbeitrages der Mitglieder werden die Ursachen erkennbar. Bei der SPD

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen

	SPD	CDU	CSU	GRÜ	FDP	PDS
1998	*766.597	626.342	178.755	51.812	67.897	94.627
1999	755.066	638.056	183.569	49.488	64.407	88.594
Veränderung	- 11.531	+11.714	+ 4.814	- 2.324	- 3.490	- 6.033
in Prozent	1,50	1,87	2,69	4,49	5,14	6,38

* Um fehlerhafte Altdaten bereinigte Mitgliederzahl.

Die Beitragseinnahmen 1999 im Vergleich zum Vorjahr

	SPD TDM	CDU TDM	CSU TDM	GRÜ TDM	FDP TDM	PDS TDM
1998	157.834	100.702	19.256	21.625	10.433	17.291
1999	157.467	105.317	19.760	20.898	10.774	17.508
Veränderung	- 367	+ 4.615	+ 504	- 727	+ 341	+ 217
in Prozent	0,23	4,58	2,62	3,36	3,27	1,25

Die Beitragseinnahmen je Mitglied

	SPD DM	CDU DM	CSU DM	GRÜ DM	FDP DM	PDS DM
1998	205,89	160,78	107,72	417,37	153,66	182,73
1999	208,55	165,06	107,64	422,28	167,28	197,62
Veränderung	+ 2,66	+ 4,28	- 0,08	+ 4,91	+ 13,62	+ 14,89
in Prozent	1,29	2,66	0,07	1,18	8,86	8,15

kompensierten die gestiegenen Beitragsleistungen der Mitglieder den Mitgliederschwund, bei FDP und PDS übertrafen sie den Schwund deutlich. Die CSU sackte mit ihrem bisher schon auffallend geringen Beitragsdurchschnitt noch weiter ab. Die Steigerung ihrer Beitragseinnahmen ist ausschließlich auf die gestiegene Mitgliederzahl zurückzuführen.

Wie aus den als Anlage beigefügten Übersichten (hier: Tabelle 1) ersichtlich, machten die Beitragseinnahmen 1999 bei der SPD mit 51,5 Prozent mehr als die Hälfte der gesamten Einnahmen aus. Bei der PDS waren sie mit 43,0 Prozent, bei der CDU und den Grünen mit jeweils 40,7 Prozent der größte Einnahmeposten. Die Beitragseinnahmen der CSU erreichten mit 31 Prozent gerade die Größenordnung ihrer staatlichen Mittel und bei der FDP rangierten die Beitragseinnahmen mit nur 23,4 Prozent noch hinter den Spenden (41,7%) und den staatlichen Mitteln.

2. Die Spendeneinnahmen

Die Spenden hatten 1999 bei der SPD einen Anteil von nur 11 Prozent an den Gesamteinnahmen, bei der CDU waren es 25 Prozent, bei der CSU 24 und bei der FDP fast 42 Prozent (GRÜ: 20 %, PDS: 18 %). Sie flossen auch 1999 ganz überwiegend in die Kassen der Gliederungen auf der kommunalen Ebene (siehe Tabelle 3), am stärksten bei der SPD mit 89,4 Prozent und den Grünen mit 88,4 Prozent. Bei der FDP und der PDS waren die Landesverbände vergleichsweise stark an den Spendeneinnahmen beteiligt (21 bzw. 29 %).

3. Die verschiedenen Gliederungsebenen

Wie die Einnahmen und Ausgaben sowie die daraus resultierenden Ergebnisse (Überschüsse bzw. Defizite) im Jahre 1999 auf den drei Gliederungsebenen Bund / Länder / Kommunen verlaufen sind, zeigt die folgende Übersicht:

	SPD TDM	CDU TDM	CSU TDM	GRÜ TDM	FDP TDM	PDS TDM
Bund						
Einnahmen	99.454	71.227	38.690	20.768	15.917	17.856
Ausgaben	114.476	81.890	38.780	21.706	20.957	21.119
Ergebnis	- 15.022	- 10.663	- 90	- 938	- 5.040	- 3.263
Länder						
Einnahmen	120.521	61.324	siehe	20.837	13.257	21.846
Ausgaben	123.819	69.173	Bund	24.949	12.401	21.338
Ergebnis	- 3.298	- 7.849		- 4.112	+ 856	+ 508
Kommunen						
Einnahmen	114.065	131.151	26.687	29.724	21.386	20.590
Ausgaben	132.884	148.704	22.216	32.319	25.734	21.474
Ergebnis	- 18.819	- 17.553	+ 4.471	- 2.595	- 4.348	- 884

Hier zeigt sich deutlich der Einfluss der zahlreichen Kommunal- und Landtagswahlkämpfe sowie des Europawahlkampfes auf die Parteifinzen. In Bayern, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein stand nur die Europawahl an, in allen anderen Ländern zusätzlich noch Landtags- und/oder Kommunalwahlen. Nur die nachgeordneten Gebietsverbände der auf Bayern beschränkten CSU konnten in 1999 Überschüsse erzielen.

4. Innerparteilicher Geldtransfer

Die Zuschüsse von bzw. an Gliederungen der Parteien sind lediglich innerparteilicher Geldtransfer, aber keine wirklichen Einnahmen bzw. Ausgaben der jeweiligen Gesamtpartei. Für die empfangende bzw. gebende Gliederung sind diese Gelder gleichwohl Einnahmen bzw. Ausgaben. Um ein Bild über diese innerparteiliche Mittelverteilung zu erhalten, werden im Folgenden die Einnahmen aus Zuschüssen und die gegebenen Zuschüsse auf den einzelnen Gliederungsebenen gegenübergestellt und der Saldo gezeigt:

In nennenswertem Umfang haben nur die Bundesvorstände von SPD und Grünen Zuschüsse an andere Gebietsverbände ihrer Parteien gegeben. Bei der FDP verblieben die Zuschüsse des Bundesvorstandes im Wesentlichen bei den Landesverbänden.

Zuschüsse	SPD TDM	CDU TDM	CSU TDM	GRÜ TDM	FDP TDM	PDS TDM
Bund						
erhalten	1.363	176	0	289	4	2.535
gegeben	13.743	70	33	10.749	2.956	5.351
Saldo	- 12.380	+ 106	- 33	- 10.460	- 2.952	- 2.816
Länder						
erhalten	15.371	1.267	siehe	11.521	3.087	14.295
gegeben	8.416	3.692	Bund	6.769	480	4.808
Saldo	+ 6.955	- 2.425		+ 4.752	+ 2.607	+ 9.487
Kommunen						
erhalten	11.266	3.285	1.605	8.145	1.350	2.727
gegeben	5.841	966	1.572	2.437	1.005	9.398
Saldo	+ 5.425	+ 2.319	+ 33	+ 5.708	+ 345	- 6.671
Gesamtpartei						
erhalten / gegeben	39.954	6.007	1.643	18.920	4.355	18.635

5. Parteiinterner Finanzausgleich

§ 22 des Parteiengesetzes schreibt den Parteizentralen vor, für einen angemessenen Finanzausgleich für ihre Landesverbände Sorge zu tragen. Von dieser Vorschrift sind außer der CSU alle Bundestagsparteien betroffen. SPD und offensichtlich auch CDU haben sich dabei auch an die Vorschrift des § 26 Abs. 5 PartG gehalten, nach der Einnahmen, die von vornherein für eine schlüsselmäßige Verteilung unter mehrere Gebietsverbände bestimmt sind, bei der Stelle ausgewiesen werden, bei der sie endgültig verbleiben. Die SPD hat ihre Finanzausgleichszahlungen in den Erläuterungen zum Rechenschaftsbericht im Einzelnen nach Ländern aufgeführt. Neben den Zuschüssen in Höhe von 13,8 Mio. DM hat der SPD-Vorstand weitere 18,2 Mio. DM als Finanzausgleich, insgesamt also 32 Mio. DM an seine Gebietsverbände geleistet.

Im Rechenschaftsbericht der CDU sind die staatlichen Mittel bei den Landesverbänden um 11,5 Mio. DM höher ausgewiesen als ihrem Anteil entspricht. Der CDU-Vorstand dürfte demgemäß in dieser Höhe Finanzausgleichszahlungen geleistet haben, die zusammen mit den Zuschüssen in Höhe von 0,1 Mio. DM eine Größenordnung von 11,6 Mio. DM ergeben.

Bei den anderen Bundestagsparteien sind die staatlichen Mittel bei den Landesverbänden jeweils in Höhe des Länderanteils ausgewiesen. Sofern diese Parteien den vom Gesetz vorgesehenen Finanzausgleich durchgeführt haben, ist er wohl in den Positionen Zuschüsse an bzw. von Gliederungen enthalten.

In nachfolgender Übersicht werden die Zuschüsse der Bundesvorstände und die Finanzausgleichsbeträge (SPD und CDU) zusammengefasst und mit ihrem prozentualen Anteil am Bundesanteil der staatlichen Mittel der jeweiligen Partei gezeigt:

	Bundesanteil an den staatlichen Mitteln 1999	Finanzausgleichsbeträge und Zuschüsse der Bundesvorstände	in Prozent der staatlichen Mittel (Bundesanteil)
	TDM	TDM	TDM
SPD	79.784	31.968	40,1
CDU	63.046	11.615	18,4
GRÜ	13.926	10.749	77,2
FDP	11.610	2.956	25,5
PDS	11.836	5.351	45,2

6. Die Vermögensbilanzen

Die Reinvermögen, das sind Besitzposten (AKTIVA), gemindert um die Schuldposten (PASSIVA), belaufen sich auf folgende Größenordnungen in Mio. DM zum 31.12.1999 auf den jeweiligen Gliederungsebenen:

Reinvermögen	SPD Mio. DM	CDU Mio. DM	CSU Mio. DM	GRÜ Mio. DM	FDP Mio. DM	PDS Mio. DM
Bundesvorstand	95,1	- 34,6	- 5,5	3,1	- 3,6	19,4
Landesverband / Bezirke	50,7	40,3	= BV	15,2	0,9	4,7
Kreis- / Ortsgliederung	99,7	93,0	39,3	17,5	10,9	5,6
Gesamtpartei	245,5	98,7	33,8	35,8	8,2	29,7

Während bei den Parteizentralen wie auch auf der Landesebene die Parteivermögen ganz überwiegend aus längerfristig gebundenem Anlagevermögen bestehen (Haus- und Grundbesitz, Geschäftsstellenausstattung, Unternehmensbeteiligungen und sonstige Finanzanlagen), liegen sie bei den Gliederungen auf der kommunalen Ebene nahezu ausschließlich im kurzfristigen Bereich. Es sind praktisch die Geldbestände und Rücklagen für künftige Wahlkämpfe der Gliederungen auf der Orts- und Kreisebene, von denen es bei den großen Parteien bundesweit jeweils weit über zehntausend gibt. Das bei SPD und Union mit 100 bzw. 132 Mio. DM sehr hoch erscheinende Reinvermögen dieser Gliederungen ist die Addition von 12.500 bis 14.000 Kassen, die im Durchschnitt je Kasse einschließlich der für die nächsten Wahlkämpfe schon angesparten Beträge über lediglich 8.000 bis 9.500 DM verfügen.

7. Die Vermögensstrukturen der Parteizentralen

Bei den Parteizentralen setzen sich die Reinvermögen aus höchst unterschiedlichen Positionen zusammen. Eine Aufgliederung in kurzfristig verfügbare (liquide) Mittel und längerfristig gebundene Mittel dient der besseren Beurteilung des Reinvermögens, das den Saldo aus Besitzposten (AKTIVA) und Schuldposten (PASSIVA) zeigt.

Soweit Kredite längerfristiger Natur sind, wie z. B. Baudarlehen (Hypotheken), wären sie den längerfristig gebundenen Mitteln zuzuordnen. Aus den Rechenschaftsberichten ist leider nicht zu ersehen, ob und in welchem Umfang die Kredite Baudarlehen sind. Bei der SPD handelt es sich überwiegend um Baudarlehen, die in voller Höhe den längerfristig gebundenen Mitteln zugeordnet wurden. Bei den anderen Parteien wurde der gleiche Sachverhalt angenommen.

Vermögensstrukturen 1999 bei den Parteizentralen:

	SPD Mio. DM	CDU Mio. DM	CSU Mio. DM	GRÜ Mio. DM	FDP Mio. DM	PDS Mio. DM
Kurzfristig verfügbar						
AKTIVA	32,4	6,3	6,6	1,9	4,1	5,7
PASSIVA	30,3	4,5	2,8	1,6	8,1	0,9
	2,1	1,8	3,8	0,3	- 4,0	4,8
Längerfristig gebunden						
AKTIVA	260,4	57,7	18,5	12,2	40,1	15,3
PASSIVA	167,4	94,1	27,8	9,4	39,7	0,7
	93,0	- 36,4	- 9,3	2,8	0,4	14,6
GESAMTVERMÖGEN						
AKTIVA	292,8	64,0	25,1	14,1	44,2	21,0
PASSIVA	197,7	98,6	30,6	11,0	47,8	1,6
	95,1	- 34,6	- 5,5	3,1	- 3,6	19,4
In Prozent der Gesamtvermögen						
<i>Kurzfristig</i>	2,2	5,2	69,1	9,7	- 111,1	24,7
<i>Längerfristig</i>	97,8	- 105,2	- 169,1	90,3	11,1	75,3

Als kurzfristig verfügbar kann aus den AKTIVA das Umlaufvermögen (Geldbestände und Forderungen) betrachtet werden, von dem aus den PASSIVA die Verbindlichkeiten abzuziehen sind. Längerfristig gebundene Mittel sind das Haus- und Grundvermögen, die Geschäftsstellenausstattung und die Finanzanlagen, von denen als längerfristige Verpflichtungen die Rückstellungen abzuziehen sind.

An dieser Systematik wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit auch bei CDU und FDP festgehalten, obwohl hier die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten die Werte des Haus- und Grundvermögens um 22 bzw. 8 Mio. DM übersteigen. Bei der FDP erscheint dies wohl noch vertretbar, weil den längerfristig gebundenen Mitteln auch die Finanzanlagen in Höhe von 9 Mio. DM zuzuordnen sind. Diese könnten

neben dem Haus- und Grundvermögen zur Besicherung der Kredite mit herangezogen worden sein. Die CDU verfügt jedoch nur über Finanzanlagen in Höhe von knapp 5 Mio. DM, die zur Kreditbesicherung gewiss nicht ausreichen dürften.

Werden neben dem Haus- und Grundvermögen auch die Finanzanlagen den Krediten gegenübergestellt, so ergeben sich bei der FDP Vermögenswerte in Höhe von rd. 40 Mio. DM bei 38 Mio. DM Krediten. Bei der CDU stehen hingegen Krediten von rd. 75 Mio. DM nur 57 Mio. DM an längerfristigen Vermögenswerten gegenüber.

8. Die innerparteilichen Forderungen und Verbindlichkeiten

Die Forderungen an Gliederungen der Partei und die Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei sind bei den einzelnen Parteien höchst unterschiedlich ausgeprägt. In der nachfolgenden Übersicht sind die Forderungen und Verbindlichkeiten sowie der sich daraus ergebende Saldo für jede Gliederungsebene (Bund / Länder / Kommunen) bei den einzelnen Parteien dargestellt (siehe nebenstehende Seite).

Bei der SPD bestehen Forderungen und Verbindlichkeiten überwiegend zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden bzw. Bezirken. An diesen parteiinternen Forderungen und Verbindlichkeiten sind die nachgeordneten Gebietsverbände mit nur 4 bzw. 6 Prozent beteiligt. Zudem sind diese Forderungen und Verbindlichkeiten allein bei der SPD mit 24,6 Mio. DM höher als bei allen anderen Bundes-

tagsparteien zusammen (22,8 Mio. DM). Die auf die Finanzbeziehungen zwischen den Landesverbänden/Bezirken und dem Parteivorstand entfallenden rund 23 Mio. DM beruhen auf dem parteiintern organisiertem Cash-Management, mit dem Zinserträge maximiert und Zinsaufwendungen minimiert werden.

Bei der CDU entfallen 67 Prozent der Verbindlichkeiten, aber nur 2,4 Prozent der Forderungen auf die nachgeordneten Gebietsverbände. Dabei dürfte es sich überwiegend um nicht abgeführte Beitragsansprüche der Landesverbände und der Bundespartei handeln. Ähnliche Ursachen dürften bei der CSU anzunehmen sein, wo die Untergliederungen dem Landesverband rd. 3,4 Mio. DM schulden, aber keine Forderungen ausweisen.

Bei den Grünen weisen die nachgeordneten Gebietsverbände die höchsten Forderungen (51,3 %) aus, während die Landesverbände die meisten Verbindlichkeiten der Partei haben (60,7 %).

Bei der FDP weisen die Landesgeschäftsstellen den größten Teil der parteiinternen Forderungen (55,5 %) und Verbindlichkeiten (45,4 %) aus. Während sich die Forderungen annähernd gleich hoch an den Bundesverband und die Untergliederungen richten, bestehen die Verbindlichkeiten überwiegend gegenüber dem Bundesverband.

Bei der PDS haben die Landesverbände den größten Teil der Verbindlichkeiten, den sie überwiegend den nachgeordneten Gebietsverbänden schulden.

Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den Gliederungen der Parteien 1999:

	Forderungen Gliederungen	Verbindlichkeiten ggü. Gliederungen	Saldo
	TDM	TDM	TDM
SPD			
Partei Vorstand	9.334	13.218	- 3.884
Landesverbände / Bezirke	14.399	10.021	4.378
Untergliederungen	924	1.418	- 494
	24.657	24.657	0
CDU			
Bundespartei	2.588	173	2.415
Landesgeschäftsstellen	3.663	1.951	1.712
Untergliederungen	155	4.282	- 4.127
	6.404	6.406	0
CSU			
Landesverband	3.393	0	3.393
Untergliederungen	0	3.393	- 3.393
	3.393	3.393	0
GRÜ			
Bundesverband	665	681	- 16
Landesverbände	2.476	3.912	- 1.436
Untergliederungen	3.305	1.853	1.452
	6.446	6.446	0
FDP			
Bundesverband	1.335	1.276	59
Landesgeschäftsstellen	2.303	1.882	421
Untergliederungen	509	989	- 480
	4.147	4.147	0
PDS			
Bundesverband	524	26	498
Landesverbände	317	2.095	- 1.778
Untergliederungen	1.624	344	1.280
	2.465	2.465	0

Tabellenanhang

zur Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Die Gesamtparteien

Tabelle 1: Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögensübersicht

Tabelle 1a: Die Zahlen der Bundesvorstände

Tabelle 1b: Die Zahlen der Landesverbände/Bezirke

Tabelle 1c: Die Zahlen der nachgeordneten Gebietsverbände (Orts- und Kreisverbände)

Die Gliederungsebenen Bund / Länder / Kommunen

Tabelle 2: Summen der Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen

Tabelle 3: Die einzelnen Einnahmenarten auf den Gliederungsebenen

Tabelle 4: Die einzelnen Ausgabenarten auf den Gliederungsebenen

Die einzelnen Bundesländer

Tabelle 5: Die Landesverbände / Bezirke (Landesgeschäftsstellen)
mit ihren Überschüssen bzw. Defiziten und ihrem Reinvermögen

Tabelle 6: Die nachgeordneten Gebietsverbände (Orts- und Kreisverbände)
mit ihren Überschüssen bzw. Defiziten und ihrem Reinvermögen

Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Tabelle 1: Die Gesamtparteien

Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögensübersicht 1999

(Zuschüsse von und an Gliederungen sind hierbei unberücksichtigt geblieben, da sie keine Einnahmen bzw. Ausgaben der Parteien sind, sondern innerparteilicher Geldtransfer)

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%
1. Einnahmen												
Beiträge	157.467	51,5	105.317	40,7	19.760	31,0	20.898	40,7	10.774	23,4	17.508	43,0
Spenden	33.712	11,0	65.263	25,2	15.267	23,9	10.053	19,6	19.252	41,7	7.508	18,4
Vermögen, Veranstaltungen etc.	18.571	6,1	8.344	3,2	9.772	15,3	2.211	4,3	1.777	3,8	920	2,3
Staatliche Mittel	93.949	30,7	76.594	29,6	18.857	29,6	16.960	33,0	13.358	29,0	14.545	35,7
Sonstige	2.341	0,7	3.456	1,3	116	0,2	1.252	2,4	958	2,1	254	0,6
	306.040	100,0	258.974	100,0	63.772	100,0	51.374	100,0	46.119	100,0	40.735	100,0
2. Ausgaben												
Personal	99.421	29,0	77.655	26,3	15.051	25,4	16.479	27,9	9.577	17,5	13.718	30,9
Verwaltung	66.703	19,4	54.970	18,6	10.994	18,5	9.895	16,8	12.243	22,4	10.170	22,9
Politische Arbeit	54.590	15,9	46.811	15,9	21.458	36,1	13.957	23,6	10.701	19,6	7.840	17,7
Wahlkämpfe	112.929	32,9	105.255	35,7	9.151	15,4	16.854	28,6	18.594	34,0	12.607	28,4
Zinsen und Sonstiges	9.536	2,8	10.348	3,5	2.738	4,6	1.834	3,1	3.536	6,5	39	0,1
	343.179	100,0	295.039	100,0	59.392	100,0	59.019	100,0	54.651	100,0	44.374	100,0
3. Jahresergebnis												
in Prozent der Einnahmen	- 37.139	- 12,1	- 36.065	- 13,9	+ 4.380	6,9	- 7.645	- 14,9	- 8.53	- 18,5	- 3.639	- 8,9
4. Reinvermögen												
am 31.12.1999	245.552		98.659		33.811		35.831		8.224		29.681	
in Prozent der Einnahmen		80,2		38,1		53,0		69,7		17,8		72,9

Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Tabelle 1a: **Die Bundesvorstände**

Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögensübersicht 1999

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%
1. Einnahmen												
Beiträge	25.570	25,7	12.440	17,5	7.166	18,5	4.512	21,7	39	0,3	91	0,5
Spenden	1.005	1,0	5.664	8,0	5.868	15,2	348	1,7	2.946	18,5	1.949	10,9
Vermögen, Veranstaltungen etc.	9.014	9,1	210	0,3	6.767	17,5	1.093	5,3	874	5,5	564	3,2
Staatliche Mittel	61.559	61,9	51.802	72,7	18.857	48,7	13.942	67,1	11.621	73,0	12.716	71,2
Zuschüsse von Gliederungen	1.363	1,4	176	0,2	0	0,0	289	1,4	4	0,0	2.535	14,2
Sonstige	943	0,9	935	1,3	32	0,1	584	2,8	433	2,7	1	0,0
	99.454	100,0	71.227	100,0	38.690	100,0	20.768	100,0	15.917	100,0	17.856	100,0
2. Ausgaben												
Personal	29.053	25,4	24.046	29,4	13.649	35,2	3.591	16,6	4.685	22,4	4.435	21,0
Verwaltung	29.201	25,5	10.024	12,2	3.627	9,4	1.667	7,7	6.003	28,6	3.288	15,6
Politische Arbeit	16.151	14,1	20.529	25,1	13.164	33,9	4.019	18,5	2.745	13,1	3.148	14,9
Wahlkämpfe	19.542	17,1	20.648	25,2	6.215	16,0	1.159	5,3	2.335	11,1	4.892	23,2
Zuschüsse an Gliederungen	13.743	12,0	70	0,1	33	0,1	10.749	49,5	2.956	14,1	5.351	25,3
Zinsen und Sonstiges	6.786	5,9	6.573	8,0	2.092	5,4	521	2,4	2.233	10,7	5	0,0
	114.476	100,0	81.890	100,0	38.780	100,0	21.706	100,0	20.957	100,0	21.119	100,0
3. Jahresergebnis	- 15.022	- 15,1	- 10.663	- 15,0	- 90	- 0,2	- 938	- 4,5	- 5.040	- 31,7	- 3.263	- 18,3
in Prozent der Einnahmen												
4. Reinvermögen												
am 31.12.1999	95.134		- 34.622	- 48,6	- 5.541	- 14,3	3.156	15,2	- 3.610	- 22,7	19.432	108,8
in % der Einnahmen		95,7		- 48,6		- 14,3		15,2		- 22,7		108,8

Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Tabelle 1b: **Die Landesverbände/Bezirke**

Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögensübersicht 1999

(Der CSU-Landesverband ist zugleich Bundesvorstand und dort aufgeführt.)

	SPD		CDU		GRÜ		FDP		PDS	
	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%
1. Einnahmen										
Beiträge	66.933	55,5	21.870	35,7	4.714	22,6	3.939	29,7	3.416	15,6
Spenden	2.553	2,1	10.619	17,3	814	3,9	3.974	30,0	2.154	9,9
Vermögen, Veranstaltungen etc.	3.159	2,6	1.691	2,7	532	2,6	234	1,8	126	0,6
Staatliche Mittel	32.390	26,9	24.792	40,4	3.018	14,5	1.737	13,1	1.829	8,4
Zuschüsse von Gliederungen	15.371	12,8	1.267	2,1	11.521	55,3	3.087	23,3	14.295	65,4
Sonstige	115	0,1	1.085	1,8	237	1,1	286	2,1	26	0,1
	120.521	100,0	61.324	100,0	20.836	100,0	13.257	100,0	21.846	100,0
2. Ausgaben										
Personal	65.050	52,5	29.459	42,6	7.647	30,6	3.761	30,3	7.750	36,3
Verwaltung	12.989	10,5	9.970	14,4	2.671	10,7	2.816	22,7	2.470	11,6
Politische Arbeit	8.919	7,2	5.518	8,0	3.085	12,4	1.575	12,7	1.720	8,1
Wahlkämpfe	27.511	22,2	19.617	28,4	4.279	17,2	3.200	25,8	4.570	21,4
Zuschüsse an Gliederungen	8.416	6,8	3.692	5,3	6.769	27,1	480	3,9	4.808	22,5
Zinsen und Sonstiges	934	0,8	917	1,3	499	2,0	569	4,6	20	0,1
	123.819	100,0	69.173	100,0	24.950	100,0	12.401	100,0	21.338	100,0
3. Jahresergebnis										
in Prozent der Einnahmen	- 3.298	-2,7	- 7.849	-12,8	- 4.114	-19,7	+ 856	6,5	+ 508	2,3
4. Reinvermögen										
am 31.12.1999	50.738	42,1	40.264	65,7	15.191	72,9	900	6,8	4.671	21,4
in Prozent der Einnahmen										

Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Tabelle 1c: **Die Orts- und Kreisverbände**

Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögensübersicht 1999

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%
1. Einnahmen												
Beiträge	64.964	57,0	71.007	54,1	12.594	47,2	11.672	39,3	6.796	31,8	14.001	68,0
Spenden	30.154	26,4	48.980	37,4	9.398	35,2	8.891	29,9	12.332	57,7	3.405	16,5
Vermögen, Veranstaltungen etc.	6.398	5,6	6.444	4,9	3.005	11,3	586	2,0	669	3,1	230	1,1
Zuschüsse von Gliederungen	11.266	9,9	3.285	2,5	1.605	6,0	8.145	27,4	1.350	6,3	2.727	13,3
Sonstige	1.283	1,1	1.435	1,1	84	0,3	431	1,4	239	1,1	227	1,1
	114.065	100,0	131.151	100,0	26.686	100,0	29.725	100,0	21.386	100,0	20.590	100,0
2. Ausgaben												
Personal	5.318	4,0	24.150	16,2	1.402	6,3	5.241	16,2	1.131	4,4	1.533	7,1
Verwaltung	24.513	18,4	34.976	23,5	7.367	33,2	5.557	17,2	3.423	13,3	4.413	20,6
Politische Arbeit	29.520	22,2	20.764	14,0	8.294	37,3	6.853	21,2	6.381	24,8	2.972	13,8
Wahlkämpfe	65.876	49,6	64.990	43,7	2.936	13,2	11.416	35,3	13.059	50,7	3.145	14,6
Zuschüsse von Gliederungen	5.841	4,4	966	0,7	1.572	7,1	2.437	7,6	1.005	3,9	9.398	43,8
Zinsen und Sonstiges	1.816	1,4	2.858	1,9	645	2,9	815	2,5	735	2,9	13	0,1
	132.884	100,0	148.704	100,0	22.216	100,0	32.319	100,0	25.734	100,0	21.474	100,0
3. Jahresergebnis	- 18.819	- 16,5	- 17.553	- 13,4	+ 4.470	16,8	- 2.594	- 8,7	- 4.348	- 20,3	- 884	- 4,3
in Prozent der Einnahmen												
4. Reinvermögen												
am 31.12.1999	99.680		93.017		39.352		17.484		10.934		5.578	
in Prozent der Einnahmen	87,4		70,9		147,5		58,8		51,1		27,1	

Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Tabelle 2: **Die Gliederungsebenen Bund / Länder / Kommunen**

Summen der Einnahmen, Ausgaben, Jahresergebnisse und Reinvermögen 1999

* Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge sind unter Bundesvorstand ausgewiesen. Die Beträge der CSU-Bezirksverbände sind bei den nachgeordneten Gliederungen (Kreise, Orte etc.) enthalten.

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%
1. Einnahmen												
Bundesvorstand	99.454	29,8	71.227	27,0	38.690*	59,2	20.768	29,1	15.917	31,5	17.856	29,6
Landesverbände / Bezirke	120.521	36,1	61.324	23,3	-*	-	20.837	29,2	13.257	26,2	21.846	36,2
Kreise, Orte etc.	114.065	34,1	131.151	49,7	26.687	40,8	29.724	41,7	21.386	42,3	20.590	34,2
	334.040	100,0	263.702	100,0	65.377	100,0	71.329	100,0	50.560	100,0	60.292	100,0
2. Ausgaben												
Bundesvorstand	114.476	30,8	81.890	27,3	38.780*	63,6	21.706	27,5	20.957	35,5	21.119	33,0
Landesverbände / Bezirke	123.819	33,4	69.173	23,1	-*	-	24.949	31,6	12.401	21,0	21.338	33,4
Kreise, Orte etc.	132.884	35,8	148.704	49,6	22.216	36,4	32.319	40,9	25.734	43,5	21.474	33,6
	371.179	100,0	299.767	100,0	60.996	100,0	78.974	100,0	59.092	100,0	63.931	100,0
3. Jahresergebnis												
Bundesvorstand	- 15.022	40,4	- 10.663	29,6	- 90*	- 2,1	- 938	12,3	- 5.040	- 59,0	- 3.263	- 89,7
Landesverbände / Bezirke	- 3.298	8,9	- 7.849	21,7	-*	-	- 4.112	53,8	+ 856	10,0	+ 508	14,0
Kreise, Orte etc.	- 18.819	50,7	- 17.553	48,7	+ 4.471	102,1	- 2.595	33,9	- 4.348	- 51,0	- 884	- 24,3
	- 37.139	100,0	- 36.065	100,0	+ 4.381	100,0	- 7.645	100,0	- 8.532	100,0	- 3.639	100,0
4. Reinvermögen am 31.12.1999												
Bundesvorstand	95.134	38,7	- 34.622	- 35,1	- 5.541*	- 16,4	3.156	8,8	- 3.610	- 43,9	19.432	65,5
Landesverbände / Bezirke	50.738	20,7	40.264	40,8	-*	-	15.191	42,4	900	10,9	4.671	15,7
Kreise, Orte etc.	99.680	40,6	93.017	94,3	39.352	116,4	17.484	48,8	10.934	133,0	5.578	18,8
	245.552	100,0	98.659	100,0	33.811	100,0	35.831	100,0	8.224	100,0	29.681	100,0

Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Tabelle 3: **Die Gliederungsebenen Bund / Länder / Kommunen**

Die verschiedenen Einnahmenarten 1999 auf den Gliederungsebenen

* Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge sind unter Bundesvorstand ausgewiesen.
Die Beträge der CSU-Bezirksverbände sind bei den nachgeordneten Gliederungen (Kreise, Orte etc.) enthalten.

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%
1. Beiträge												
Bundesvorstand	25.570	16,2	12.440	11,8	7.166*	36,3*	4.512	21,6	39	0,4	91	0,5
Landesverbände / Bezirke	66.933	42,5	21.870	20,8	-*	-	4.714	22,6	3.939	36,5	3.416	19,5
Kreise, Orte etc.	64.964	41,3	71.007	67,4	12.594	63,7	11.672	55,8	6.796	63,1	14.001	80,0
	157.467	100,0	105.317	100,0	19.760	100,0	20.898	100,0	10.774	100,0	17.508	100,0
2. Spenden												
Bundesvorstand	1.005	3,0	5.664	8,7	5.868*	38,4	348	3,5	2.946	15,3	1.949	26,0
Landesverbände / Bezirke	2.553	7,6	10.619	16,3	-*	-	814	8,1	3.974	20,6	2.154	28,7
Kreise, Orte etc.	30.154	89,4	48.980	75,0	9.398	61,6	8.891	88,4	12.332	64,1	3.405	45,3
	33.712	100,0	65.263	100,0	15.266	100,0	10.053	100,0	19.252	100,0	7.508	100,0
3. Einnahmen aus Vermögen Veranstaltungen, etc.												
Bundesvorstand	9.014	48,5	209	2,5	6.767*	69,2	1.093	49,4	873	49,1	564	61,3
Landesverbände / Bezirke	3.159	17,0	1.691	20,3	-*	-	532	24,1	234	13,2	126	13,7
Kreise, Orte etc.	6.398	34,5	6.444	77,2	3.005	30,8	586	26,5	670	37,7	230	25,0
	18.571	100,0	8.344	100,0	9.772	100,0	2.211	100,0	1.777	100,0	920	100,0
3. Staatliche Mittel												
Bundesvorstand	61.559	65,5	51.802	67,6	18.857*	100,0	13.942	82,2	11.621	87,0	12.716	87,4
Landesverbände / Bezirke	32.390	34,5	24.792	32,4	-*	-	3.018	17,8	1.737	13,0	1.829	12,6
	93.949	100,0	76.594	100,0	18.857	100,0	16.960	100,0	13.358	100,0	14.545	100,0
4. Zuschüsse												
Bundesvorstand	1.363	4,9	176	3,7	0*	0,0	289	1,5	4	0,1	2.535	13,0
Landesverbände / Bezirke	15.371	54,9	1.267	26,8	-*	-	11.521	57,7	3.087	69,5	14.295	73,1
Kreise, Orte etc.	11.266	40,2	3.285	69,5	1.605	100,0	8.145	40,8	1.350	30,4	2.727	13,9
	28.000	100,0	4.728	100,0	1.605	100,0	19.955	100,0	4.441	100,0	19.557	100,0
5. Übrige Einnahmen												
Bundesvorstand	943	40,3	935	27,1	32*	27,6	584	46,7	433	45,2	1	0,4
Landesverbände / Bezirke	1.115	4,9	1.085	31,4	-*	-	237	18,9	286	29,9	26	10,2
Kreise, Orte etc.	1.283	54,8	1.435	41,5	84	72,4	431	34,4	239	24,9	227	89,4
	2.341	100,0	3.455	100,0	116	100,0	1.252	100,0	958	100,0	254	100,0

Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Tabelle 4: **Die Gliederungsebenen Bund / Länder / Kommunen**

Die verschiedenen Ausgabenarten 1999 auf den Gliederungsebenen

	SPD		CDU		CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%	TDM	%
1. Personal												
Bundesvorstand	29.053	29,2	24.046	31,0	13.649*	90,7	3.591	21,8	4.685	48,9	4.435	32,3
Landesverbände / Bezirke	65.050	65,4	29.459	37,9	-*	-	7.647	46,4	3.761	39,3	7.750	56,5
Kreise, Orte etc.	5.318	5,4	24.150	31,1	1.402	9,3	5.241	31,8	1.131	11,8	1.533	11,2
	99.421	100,0	77.655	100,0	15.051	100,0	16.479	100,0	9.577	100,0	13.718	100,0
2. Verwaltung												
Bundesvorstand	29.201	43,8	10.024	18,2	3.627*	33,0	1.667	16,8	6.003	49,0	3.288	32,3
Landesverbände / Bezirke	12.989	19,5	9.970	18,2	-*	-	2.671	27,0	2.816	23,0	2.470	24,3
Kreise, Orte etc.	24.513	36,7	34.976	63,6	7.367	67,0	5.557	56,2	3.424	28,0	4.412	43,4
	66.703	100,0	54.970	100,0	10.994	100,0	9.895	100,0	12.243	100,0	10.170	100,0
3. Politische Arbeit												
Bundesvorstand	16.151	29,6	20.529	43,8	13.164*	61,3	4.019	28,8	2.745	25,7	3.148	40,2
Landesverbände / Bezirke	8.919	16,3	5.518	11,8	-*	-	3.085	22,1	1.575	14,7	1.720	21,9
Kreise, Orte etc.	29.520	54,1	20.764	44,4	8.294	38,7	6.833	49,1	6.381	59,6	2.972	37,9
	54.590	100,0	46.811	100,0	21.45	100,0	13.957	100,0	10.701	100,0	7.840	100,0
4. Wahlkämpfe												
Bundesvorstand	19.542	17,3	20.648	19,6	6.215*	67,9	1.159	6,9	2.335	12,6	4.892	38,8
Landesverbände / Bezirke	27.511	24,4	19.617	18,6	-*	-	4.279	25,4	3.200	17,2	4.570	36,3
Kreise, Orte etc.	65.876	58,3	64.990	61,8	2.936	32,1	11.416	67,7	13.059	70,2	3.145	24,9
	112.929	100,0	105.255	100,0	9.151	100,0	16.854	100,0	18.594	100,0	12.607	100,0
5. Zuschüsse												
Bundesvorstand	13.743	49,1	70	1,5	33*	2,1	10.749	53,9	2.956	66,6	5.351	27,4
Landesverbände / Bezirke	8.416	30,0	3.692	78,1	-*	-	6.769	33,9	480	10,8	4.808	24,6
Kreise, Orte etc.	5.841	20,9	966	20,4	1.572	97,9	2.437	12,2	1.005	22,6	9.398	48,0
	28.000	100,0	4.728	100,0	1.605	100,0	19.955	100,0	4.441	100,0	19.557	100,0
6. Übrige Ausgaben												
Bundesvorstand	6.786	71,2	6.573	63,5	2.092*	76,4	521	28,4	2.233	63,1	5	13,2
Landesverbände / Bezirke	934	9,8	917	8,9	-*	-	499	27,2	569	16,1	20	52,6
Kreise, Orte etc.	1.816	19,0	2.858	27,6	645	23,6	814	44,4	735	20,8	13	34,2
	9.536	100,0	10.348	100,0	2.737	100,0	1.834	100,0	3.537	100,0	38	100,0

Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Tabelle 5: **Die einzelnen Bundesländer**

Die Landesverbände / Bezirke (Landesgeschäftsstellen) mit ihren Überschüssen bzw. Defiziten 1999 und ihrem Reinvermögen per 31.12.1999 – Beträge in TDM

Fett hervorgehoben sind Länder, in denen Landtagswahlen stattgefunden haben.

	SPD		CDU/CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen
Schleswig-Holstein	- 1.232	- 1.451	+ 4	569	- 71	456	+ 83	207	- 10	10
Mecklenb.-Vorpommern	+ 281	862	- 308	157	- 38	32	+ 25	4	+ 16	915
Hamburg	+ 410	9.848	- 24	647	- 6	284	+ 169	-487	+ 7	46
Bremen	- 151	- 468	- 571	2.458	- 72	371	- 102	- 31	- 13	11
Niedersachsen	+ 2.671	4.471	+ 866	2.177	+ 126	2.140	+ 396	1.150	+ 6	61
Sachsen-Anhalt	+ 871	1.961	- 9	85	- 171	164	+ 128	- 433	+ 103	46
Brandenburg	- 2.331	1.532	- 908	- 772	+ 12	- 48	+ 5	- 292	- 43	1.780
Berlin	- 1.747	- 1.364	- 2.225	509	- 840	389	+ 22	- 302	- 60	373
Nordrhein-Westfalen	+ 3.522	30.473	+ 935	10.691	- 163	4.307	+ 138	- 106	- 30	33
Hessen	- 4.178	- 1.569	- 2.251	19.919	- 777	1.843	- 47	- 720	+ 32	43
Thüringen	- 1.294	- 61	- 1.265	- 1.356	- 283	- 45	- 330	- 101	+ 77	217
Sachsen	- 1.298	457	- 677	705	- 376	174	- 235	- 2	+ 377	965
Saarland	- 1.750	- 2.088	- 1.218	500	- 426	55	+ 81	- 329	- 5	10
Rheinland-Pfalz	+ 458	2.823	- 108	1.450	- 35	552	+ 46	325	- 6	10
Baden-Württemberg	+ 1.431	- 1.860	- 90	3.009	- 1.247	2.232	+ 244	1.058	+ 26	69
Bayern	+ 1.039	7.172	in Bundesvorst.	in Bundesvorst.	- 72	2.285	+ 233	- 481	+ 31	82
	- 3.298	50.738	- 7.849	40.264	- 4.113	15.191	+ 856	900	+ 508	4.671

Auswertung der Rechenschaftsberichte 1999

Table 6: **Die einzelnen Bundesländer**

Die nachgeordneten Gebietsverbände (Orts- und Kreisverbände)

mit ihren Überschüssen bzw. Defiziten 1999 und ihrem Reinvermögen per 31.12.1999 – Beträge in TDM

Fett hervorgehoben sind Länder, in denen Landtagswahlen stattgefunden haben.

	SPD		CDU/CSU		GRÜ		FDP		PDS	
	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen
Schleswig-Holstein	+ 984	4.243	+ 809	4.065	- 2	607	+ 202	759	-	-
Mecklenb.-Vorpommern	- 221	565	- 121	296	- 17	30	- 78	259	- 162	473
Hamburg	+ 99	1.978	+ 122	746	- 161	879	- 10	70	-	-
Bremen	+ 1	520	- 182	394	- 71	62	- 67	15	-	-
Niedersachsen	+ 3.131	14.226	+ 1.494	9.697	+ 396	2.474	+ 262	1.380	-	-
Sachsen-Anhalt	- 209	1.077	- 17	694	+ 57	181	- 87	396	- 49	307
Brandenburg	+ 234	1.415	+ 84	543	- 31	89	- 91	227	- 12	1.022
Berlin	- 647	1.922	- 1.989	2.357	- 107	630	- 227	147	- 181	1.238
Nordrhein-Westfalen	- 17.981	20.991	- 11.806	29.788	- 3.028	4.514	- 2.957	2.340	- 2	39
Hessen	+ 1.362	14.677	+ 739	12.066	+ 394	2.224	+ 410	1.698	+ 17	48
Thüringen	- 646	767	- 65	205	- 117	88	- 218	218	- 158	499
Sachsen	- 386	856	- 556	1.972	- 158	282	- 236	372	- 337	1.952
Saarland	- 1.479	2.290	- 1.126	2.626	- 216	211	- 171	176	-	-
Rheinland-Pfalz	- 3.096	6.237	- 2.431	10.067	- 247	383	- 532	447	-	-
Baden-Württemberg	- 3.712	7.940	- 2.507	17.501	- 68	2.154	- 798	1.246	-	-
Bayern	+ 3.747	19.976	+ 4.471	39.352	+ 781	2.676	+ 250	1.184	-	-
	- 18.819	99.680	- 13.081	132.369	- 2.595	17.484	- 4.348	10.934	- 884	5.578

Impressum

SPD Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

<http://www.spd.de>

Gestaltung
Petra Bauer,
Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn
pb.cicero@t-online.de